Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan 2027 ff. aufgenommen / fortgesetzt / ergänzt:

„Stärkung der freien Kulturszene“ (+ 225.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Volkshochschulkurse“ (- 100.000 Euro)

„Einsparung Rathaus-Clubbing“ (- 100.000 Euro)

„Kunstmuseum – Sach- und Dienstleistungen“ (- 25.000 Euro)

Begründung:

Die Mittel werden für die Arbeit der freien Kulturszene zusätzlich bereitgestellt.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan 2027 ff. aufgenommen / fortgesetzt / ergänzt:

„Förderung der Gesundheitspflege“ (+ 350.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Schließung der Flüchtlingseinrichtung Höntroper Straße“ (- 350.000 Euro)

Begründung:

Die Mittel werden für die Arbeit der Wohlfahrtspflege und anderer Vereine und Institutionen im Bereich der gesundheitlichen Hilfen und Prävention zusätzlich bereitgestellt.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff. - weitere Investitionen in die Bochumer Sportlandschaft – multifunktionale Großsporthalle

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert auf Basis der Machbarkeitsstudie Großsporthalle aus der Sitzung des Ausschusses für Sport, Bewegung und Freizeit vom 23.01.2026 folgende Schritte zur Realisierung einzuleiten:

a) Die Bochumer Sportstättenbesitzgesellschaft aufzufordern, gemeinsam mit der Bochumer Veranstaltungsgesellschaft
    a. das Umsetzungs- und Betriebskonzept mit der Verwaltung weiter zu erarbeiten und die konkrete Realisierbarkeit und den wirtschaftlichen Betrieb der Großsporthalle aufzuzeigen.
    b. einen Betriebs- und Finanzierungsplan mit Auslastungsannahmen, Erlösen, Kosten und einen gegebenenfalls erforderlichen Anschubfinanzierungs- oder Zuschussbedarf vorzulegen.
    c. Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten der EU, von Bund und Land sowie mögliche Beiträge von Sportverbänden und Sportvereinen zu ermitteln und aufzuzeigen.
    d. Nutzungsmöglichkeiten für den nationalen und internationalen Sport aufzuzeigen und dabei den Blickpunkt „Frauensport“ besonders zu würdigen.
    e. vertieft aufzuzeigen, welche Sportarten abgedeckt werden können und welche Trendsportarten erschlossen werden können.
    f. eine Skizze zur Integration der Großsporthalle in den Bereich Tourismus und Stadtmarketing für Bochum und die Region aufzuzeigen.
    g. Kooperationsmöglichkeiten mit kommerziellen Sportveranstaltern und deren Sportarten aufzuzeigen.
    h. Sponsoringmöglichkeiten für die Namensgebung der Großsporthalle und weiteren Werbemöglichkeiten aufzuzeigen.
    i. die verkehrliche Erschließung und die Verortung von Stellplätzen (oberirdische Parkplätze, Parkpaletten, Parkhäuser o.ä.) für PKW und Fahrräder aufzuzeigen, ferner die Nutzung bestehender Parkanlagen (Parkhaus Stadionring, Tiefgarage RuhrCongress) aufzuzeigen.

b) Die Verwaltung wird gebeten,
    a. einen Aufstellungsbeschluss für ein Bebauungsplanverfahren zur Erstellung einer Großsporthalle auf dem heutigen „Kirmesplatz“ an der Castroper Straße bis Ende Februar 2027 dem Ausschuss für Planung und Grundstücke vorzulegen. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit im Bebauungsplanverfahren der Bau einer Parkanlage (Tiefgarage, Parkhaus, Parkpalette) einzubeziehen ist. Der Beschluss des AMDI vom 02.07.2026 ist mit aufzunehmen: Im Zuge der geplanten Großsporthalle auf dem Kirmesplatz soll ein Parkhaus errichtet werden, in dem ebenfalls gebührenpflichtige Dauerparkplätze vorhanden sein sollen.
    b. zu prüfen, unter welchen steuerlichen und wirtschaftlichen Bedingungen die Großsporthalle durch die Gesellschaft geplant, finanziert und errichtet und anschließend langfristig auch an die Stadt Bochum zur Nutzung vermietet werden kann.
    c. eine Prüfung auf mögliche Fördermittel für den Bau und den Betrieb der Großsporthalle durchzuführen.
    d. die Voraussetzungen zur Übernahme einer Patronatserklärung oder Bürgschaft gegenüber der Bochumer Sportstättenbesitzgesellschaft bis zu einem Rahmen von 70 Mio. Euro zu prüfen.
    e. einen Überblick über die zukünftige schulische Nutzung innerhalb der Gesamtnutzungszeiten aufzuzeigen.

c) Die Ergebnisse der Arbeiten von Verwaltung und Bochumer Sportstättenbesitzgesellschaft sind dem Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss, unter Beteiligung der zuständigen Fachausschüsse, als Entscheidungsvorlage mit einer begründeten Empfehlung, einem Finanzierungs- und Zeitplan sowie den erforderlichen weiteren Beschlüssen vorzulegen. Über die Einrichtung eines Baubegleitgremiums ist zu gegebener Zeit zu entscheiden.

<u>Begründung:</u>

Bochum braucht eine Großsporthalle. Mit der Machbarkeitsstudie liegen die Grundlagen für eine Realisierung vor. Mit den heutigen Beschlusspunkten soll der nächste Schritt zur Realisierung der Großsporthalle bis Ende 2032 fortgesetzt werden.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan 2027 ff. aufgenommen / fortgesetzt / ergänzt:

„Portalfunktion Brücken und Unterführungen“ (+ 35.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze“ (- 35.000 Euro)

Begründung:

In den vergangenen Jahren hat der Haushalt Mittel für die Ertüchtigung von Brücken und Unterführungen bereitgestellt. Diese Ertüchtigungen (Sauberkeit, Licht, Helligkeit etc.) werden von der Bevölkerung gut angenommen. Das Programm soll fortgesetzt werden.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan 2027 ff. aufgenommen / fortgesetzt / ergänzt:

„Quartiersmanagement außerhalb von ISEK-Gebieten“ (+ 50.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Schließung der Flüchtlingseinrichtung Höntroper Straße“ (- 50.000 Euro)

Begründung:

Die Mittel werden für den Erhalt bereits heute vorhandener Quartiersarbeit, z.B. in Hofstede, eingesetzt.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan 2027 ff. aufgenommen / fortgesetzt / ergänzt:

„Veranstaltungen stützen“ (+ 100.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Schließung der Flüchtlingseinrichtung Höntroper Straße“ (- 100.000 Euro)

Begründung:

In den vergangenen Jahren mussten Veranstaltungen in Bochum abgesagt werden bzw. konnten nur durch individuelle Unterstützungen aus Mitteln der Bezirksvertretungen oder der Fachausschussarbeit bei der Planung und Durchführung unterstützt werden. Der Haushalt soll hier eine planerische Reserve beinhalten, Veranstaltungen bei Nichtauskömmlichkeit ggf. finanziell zu unterstützen. Die Verwendung der Mittel wird dem Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss für die Beschlussfassung übertragen.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan 2027 ff. aufgenommen / fortgesetzt / ergänzt:

„Förderung der Wohlfahrtspflege“ (+ 300.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Schließung der Flüchtlingseinrichtung Höntroper Straße“ (- 300.000 Euro)

Begründung:

Die Mittel werden für die Arbeit der Wohlfahrtspflege und anderer Vereine und Institutionen im Bereich der sozialen Hilfen und Prävention zusätzlich bereitgestellt.

Ferner soll hier die Schuldnerberatung bei der Verbraucherzentrale u.a. Institutionen sichergestellt werden.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die HSK-Maßnahme wird nicht umgesetzt:

„Zuschuss Cafe Fluid“ (- 30.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Reduzierung zentraler Ansatz Nachhaltigkeitsstrategie“ (+ 30.000 Euro)

Begründung:

Die Arbeit der Aidshilfe Bochum mit dem Cafe Fluid soll weiter gewährleistet werden.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die HSK-Maßnahme wird nicht umgesetzt:

„Optimierung Kostendeckungsgrad Kita“ (- 5,4 Mio. Euro)

„Optimierung Kostendeckungsgrad Kita“ (- 1,5 Mio. Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Einsparung Energiekosten kommunal genutzter Gebäude“ (+ 1,0 Mio. Euro),

„Einsparungen durch energetische Sanierungen“ (+ 1,0 Mio. Euro),

„Einsparungen bei HzE-Maßnahmen (+ 1,5 Mio. Euro),

„Gesamtstädtische Reduzierung Investitionsvolumen“ (+ 1,9 Mio. Euro)

„Weiteres potenzielles Clustervolumen 11/III/CDO“ (+ 1,5 Mio. Euro)

Begründung:

Bochum versteht sich als kinder- und familienfreundliche Stadt. Dazu gehört neben einem verlässlichen und qualitativ hochwertigen Betreuungsangebot auch, Familien bei den Kosten der Kindertagesbetreuung nicht zusätzlich zu belasten. Gerade Familien mit kleinen Kindern sind in einer Lebensphase, in der steigende Lebenshaltungskosten besonders unmittelbar wirken.

Die Politik hat in den vergangenen Jahren bewusst Maßnahmen zur Entlastung bei den Elternbeiträgen beschlossen. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zu gerechten Bildungs- und Teilhabechancen.

Vor diesem Hintergrund soll die vorgesehene zusätzliche Belastung im Bereich der Optimierung des Kostendeckungsgrades nicht umgesetzt werden. Das erforderliche Konsolidierungsvolumen soll stattdessen durch eine verstärkte bzw. vorgezogene Realisierung anderer

Konsolidierungsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen Einsparungen bei Energiekosten sowie bei energetischen Sanierungen als auch bei HzE-Maßnahmen, einer Reduzierung des gesamtstädtischen Investitionsvolumens sowie weiteren Einsparungen im Clustervolumen der Fachbereiche 11/III/CDO erbracht werden.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die HSK-Maßnahme wird nicht umgesetzt:

„Einsparung Linienverkehr Schülerspezialverkehr, Förderschwerpunkt Lernen, Klassen 1- 4“ (- 290.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Weiteres potenzielles Clustervolumen 11 / III / CDO“ (+ 290.000 Euro)

Begründung:

Der Schülerspezialverkehr ist ein wesentlicher Baustein für Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe. Gerade Schülerinnen und Schüler an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen sind häufig auf eine verlässliche und individuelle Beförderung angewiesen. Einsparungen in diesem Bereich würden nicht nur Familien belasten, sondern stehen auch im Widerspruch zum Ziel der Chancengerechtigkeit und einer bedarfsgerechten Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Unterstützungsbedarf.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die HSK-Maßnahme wird nicht vollständig umgesetzt:

„Arbeit der Seniorenbüros / Zuschüsse“ (- 500.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Etat für Beraterverträge kürzen“ (+ 250.000 Euro)

„Schließung der Flüchtlingseinrichtung Höntroper Straße“ (+ 175.000 Euro)

„Vermietung von Parkplätzen“ (+ 75.000 Euro)

Begründung:

Der demographische Wandel führt in den kommenden Jahren zu einer älteren Bevölkerung. Die Seniorenbüros sind wichtige Kontaktpunkte für Beratungen, tragen Sorge gegen Vereinsamung und helfen in vielen Alltagslagen.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die HSK-Maßnahme wird nicht umgesetzt:

„Aufgabe der Stadtranderholung“ (- 50.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Reduzierung Fachverfahren“ (+ 50.000 Euro)

Begründung:

Die Stadtranderholung ermöglicht über einen längeren Zeitraum hinweg verlässliche Ferien- und Freizeitangebote und erreicht damit insbesondere Familien, für die niedrigschwellige und längerfristige Angebote während der Ferien (insbesondere auch als mögliche Ergänzung zu OGS-Leistungen) von besonderer Bedeutung sind.

Die Verwaltung wird zusätzlich gebeten zu prüfen, die Angebote der Kinderstadt, des Ferienpasses (z.B. Ausweitung auf die Oster- und Herbstferien) mit den Angeboten der Stadtranderholung so zu koordinieren, dass möglichst viele Kinder- und Jugendliche erreicht werden.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die HSK-Maßnahme wird nicht vollständig umgesetzt:

„Stadtraumpflege“ (- 600.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Ausweitung Parkraumbewirtschaftung“ (+ 250.000 Euro)

„Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre ausweiten“ (+ 350.000 Euro)

Begründung:

Die Stadtraumpflege ist vielen Menschen in dieser Stadt wichtig. Eine Pflege auf durchschnittlichem Niveau soll weiter erhalten bleiben.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.

Der Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss möge beschließen folgende Etatposition zu verändern:

Die HSK-Maßnahme wird nicht umgesetzt bzw. im HPL ergänzt:

„Schulzentrum Gerthe – Bau einer Dreifachturnhalle und eines 25 Meter Schwimmbeckens“ (- 30.000.000 Euro)

Die Kompensation erfolgt durch:

„Deckelung Investitionen Verkehrsinfrastruktur“ (+ 5.000.000 Euro - investiv) *)

„Deckelung Investitionen Verkehrsinfrastruktur“ (+ 500.000 Euro - konsumtiv) *)

„ISEK Laer – Umbau Fronleichnamkirche Laer“ (+ 7.000.000 Euro – investiv) **)

„ISEK Laer – Umbau Fronleichnamkirche Laer“ (+ 1.000.000 Euro – konsumtiv) **)

„Streckung Umbau Brüder Grimm Schule“ (+ 36.000.000 Euro – investiv) **)

„Streckung Umbau Brüder Grimm Schule“ (+ 3.600.000 Euro – konsumtiv) **)

*) ohne Kanalbau ****)** zeitliche / anteilige Anpassung der Maßnahme

Begründung:

Umsetzung der Sportentwicklungsplanung im Stadtbezirk Bochum-Nord.

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister
Jörg Lukat

23.11.2026

Änderungsantrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 9. Dezember 2026

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2027 ff.
Betreiberkonzept für die Freilichtbühne – Vorbereitung einer Ausschreibung

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ausschreibung vorzubereiten und durchzuführen, mit dem Ziel, potenzielle Betreiber für die Freilichtbühne Wattenscheid zu gewinnen. Gesucht werden Interessenten, die ein überzeugendes und langfristig tragfähiges Nutzungs- und Betriebskonzept vorlegen, das auch die notwendigen Sanierungsmaßnahmen umfasst.
2. Die Stadt Bochum stellt die Freilichtbühne einem geeigneten Betreiber im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages zu einem ortsüblichen Erbbauzins zur Verfügung. Die konkreten vertraglichen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass eine langfristige und wirtschaftliche Nutzung ermöglicht wird.
3. Die eingereichten Konzepte sollen insbesondere Aussagen zur kulturellen und musikalischen Nutzung, zur Einbindung örtlicher Vereine und Kulturschaffender sowie zur Finanzierung der Freilichtbühne enthalten.
4. Die Verwaltung legt dem Ausschuss für Kultur und Tourismus das Ergebnis der Ausschreibung mit den eingereichten Konzepten zur Beratung vor.

Begründung:

Die Freilichtbühne ist ein besonderer Ort mit großem kulturellem Potenzial für Bochum. Sie kann Veranstaltungen aus Theater, Musik, Kleinkunst, Kino und Vereinen einen reizvollen Rahmen bieten und die Kulturlandschaft unserer Stadt bereichern.

Dieses Potenzial sollte wieder stärker genutzt und die Freilichtbühne langfristig mit Leben gefüllt werden. Dafür braucht es ein tragfähiges Betreiber- und Nutzungskonzept, das sowohl den kulturellen Ansprüchen als auch den wirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird.

Angesichts der angespannten Haushaltslage ist es sinnvoll zu prüfen, ob ein Kulturveranstalter, Vereine, Initiativen oder ein Gastronomie- und Eventbetrieb die Bühne mit eigenem Konzept und eigenem Engagement bespielen kann.

Die Überlassung zu einem symbolischen Erbpachtzins schafft Anreiz und Planungssicherheit. Betreiber können langfristig in Instandhaltung und Programm investieren.

Dr. Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

25.11.2026

Antrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Entbürokratisierung, Digitalisierung und IT-Sicherheit stärken

Der HWFA möge beschließen:

1. Organisatorische Aufstellung hinterfragen, Fortsetzung der Maßnahmen

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 01.05.2027 zu prüfen, inwieweit die bisherigen organisatorischen Strukturen mit dem Amt für Personalmanagement, Informationstechnologie und Organisation und dem Fachbereich III / CDO Chief Digital Offizier neu aufzustellen sind. In die Prüfung ist die Trennung des Amtes 11 in ein Amt für Personalmanagement und Entbürokratisierung und ein Amt für Informationstechnologie, IT-Sicherheit und Chief Digital Officer aufzunehmen. Dagegen ist abzuwägen, dass ein zusätzliches Amt neue Schnittstellen und Leitungsstellen und somit zunächst mehr Verwaltungs- und Kostenaufwand schaffen kann.

Die bereits bestehenden Maßnahmen einschließlich derjenigen, die sich aus dem Ratsbeschluss vom 18. Juni 2026 ergeben, und insbesondere das im Haushaltssicherungskonzept vorgesehene Cluster „Digitalisierung, Prozesse und KI", sollen konsequent weiterentwickelt und mit konkreten Zielen, Prioritäten und einer entsprechenden Ressourcenplanung hinterlegt werden.

2. Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung

Die Verwaltung wird beauftragt, die laufenden Digitalisierungsmaßnahmen konsequent fortzuführen und folgende Maßnahmen anzustoßen:

- Aufbau eines IT-Kostencontrollings, welches eine zentrale Erfassung von Software-, Lizenz-, Cloud-, Dienstleistungs- und Hardwarekosten mit Vertrags- und Lizenzregister, die Betrachtung von Lebenszykluskosten, den Abbau von Doppelstrukturen und die Wirtschaftlichkeitsprüfung vor Beschaffungen umfasst.

- Digitale Souveränität stärken, indem Open Source geprüft, Herstellerabhängigkeiten vermieden sowie EfA-Lösungen (Einer für Alle) und interkommunale Kooperation genutzt werden.
- Digitale Langzeitarchivierung mit offenen Formaten, Metadaten, Aussonderung nach Archivgesetz NRW, Formatmigration, Beweiswerterhaltung (BSI TR-ESOR).
- Entwicklung einer internen KI-Leitlinie, welche die Einhaltung der EU-KI-Verordnung sicherstellt und menschliche Kontrolle bei sensiblen Entscheidungen gewährleistet.
- Festlegung einer Kommunikationsstrategie in Richtung der Bürger*innen, um eine Transparenz und Auskunft zu gewährleisten, die über gesetzliche Vorgaben hinausgeht.
- Sicherung von Barrierefreiheit im Sinne der BITV NRW und Erhalt persönlicher analoger Anlaufstellen für Menschen ohne digitalen Zugang.

3. Bürokratieabbau und Nutzung von Regelbefreiungen

Die Verwaltung wird beauftragt, bestehende Verwaltungsabläufe sowie Satzungen, Richtlinien und Verwaltungsvorschriften systematisch auf ihre Aktualität, Notwendigkeit und ihren Verwaltungsaufwand zu überprüfen. Ziel ist es, überflüssige Regelungen abzubauen, Verfahren zu vereinfachen und Bearbeitungszeiten zu verkürzen.

Geltende Schutzstandards in den Bereichen Umwelt, Soziales, Beteiligung und Transparenz dürfen jedoch nicht abgesenkt werden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeiten des geplanten Kommunalen Regelbefreiungsgesetzes Nordrhein-Westfalen aufzugreifen und zu prüfen, welche kommunalen Aufgaben und Verwaltungsverfahren sich für entsprechende Modellvorhaben eignen. Die Verwaltung legt bis 01.09.2027 konkrete Vorschläge für Befreiungsanträge vor.

4. IT-Sicherheit und Cyber-Resilienz stärken

Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Maßnahmen zur Informationssicherheit und Cyber-Resilienz bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und den erforderlichen Finanzbedarf in der Haushaltsbewirtschaftung 2027 und in der Planung der Folgejahre zu berücksichtigen und laufend anzupassen.

Besondere Schwerpunkte sollen dabei sein:

- Schutz kritischer Verwaltungsprozesse und zentraler IT-Systeme
- Ausbau von Datensicherungen sowie Notfall- und Wiederanlaufkonzepten
- regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen und Schulungen der Beschäftigten
- Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Verwaltung bei Cyberangriffen und technischen Ausfällen
- Einrichtung eines Information Security Management System nach BSI-IT-Grundschutz
- Beauftragung eines unabhängigen Informationssicherheitsbeauftragten
- Durchführung von Notfallübungen

- Absicherung externer Dienstleister und Lieferketten
- Erhalt der Option zu „paper only“ in kritischen Bereichen

5. Zielplanung und jährliche Berichterstattung

Die Verwaltung wurde mit Beschluss vom 18.06.2026 beauftragt, den zuständigen Ausschüssen jährlich einen Bericht vorzulegen, der eine übergreifende Ziel- und Maßnahmenplanung bis 2030 für die Bereiche Entbürokratisierung, Digitalisierung und IT-Sicherheit beinhaltet.

Dazu ist maßnahmenbezogen und anhand zu entwickelnder Kennzahlen über die Fortschritte und erzielten Ergebnisse zu berichten. Der Bericht soll den jeweiligen Status in Form einer Ampelanzeige zusammenfassen. Dabei sollen auch mögliche Einsparpotenziale, organisatorische Verbesserungen und Erfahrungen aus der Nutzung kommunaler Regelbefreiungen dargestellt werden.

Dabei sind insbesondere konkrete Entwicklungsschritte, Prioritäten, Zeitpläne sowie der jeweilige Finanz- und Personalbedarf für die kommenden Haushaltsjahre darzustellen.

Begründung:

Die antragstellenden Fraktionen begrüßen ausdrücklich, dass die Verwaltung bereits zahlreiche Maßnahmen zur Digitalisierung und Prozessoptimierung umsetzt. Dazu gehören insbesondere die zu rund 90 Prozent eingeführte E-Akte, die Weiterentwicklung digitaler Verwaltungsleistungen sowie das im Haushaltssicherungskonzept vorgesehene Cluster „Digitalisierung, Prozesse und KI". Auch die Koordinierung über das fachbereichsübergreifende Inhouse Consulting bietet eine gute Grundlage.

Entscheidend ist jedoch, diese Ansätze konsequent weiterzuentwickeln und mit konkreten Zielen und Zeitplänen zu verbinden. Digitalisierung darf nicht lediglich bestehende bürokratische Abläufe digital abbilden. Vielmehr müssen Verwaltungsverfahren grundsätzlich hinterfragt, vereinfacht und dort, wo es sinnvoll ist, automatisiert werden.

Eine besondere Chance bietet dabei das geplante Kommunale Regelbefreiungsgesetz NRW. Es soll Kommunen ermöglichen, unter bestimmten Voraussetzungen von landesrechtlichen Vorgaben abzuweichen und alternative Formen der Aufgabenerledigung zu erproben. Bochum sollte diese Möglichkeiten frühzeitig aufgreifen und aktiv nutzen.

Gerade die praktischen Erfahrungen der Kommunen können dazu beitragen, Überflüssige Vorschriften zu identifizieren und Verwaltungsabläufe dauerhaft zu vereinfachen.

Auch der demografische Wandel macht eine Modernisierung der Verwaltung dringend erforderlich. Wenn in den kommenden Jahren zahlreiche erfahrene Beschäftigte ausscheiden und Fachkräfte zunehmend schwieriger zu gewinnen sind, müssen vorhandene personelle Ressourcen effizienter eingesetzt werden.

Mit zunehmender Digitalisierung wächst zugleich die Abhängigkeit von einer sicheren und leistungsfähigen IT-Infrastruktur. Cyberangriffe und technische Ausfälle können die Handlungsfähigkeit der Stadt erheblich beeinträchtigen. Deshalb müssen Informationssicherheit, Datensicherung und Notfallvorsorge dauerhaft mit angemessenen Ressourcen ausgestattet werden.

Nach dem vom Rat beschlossenen Zuständigkeitskatalog obliegen dem HWFA folgende Zuständigkeiten:

- Grundsatzfragen der Verwaltungsoptimierung, der Personalentwicklung und des elektronischen Sitzungsdienstes
- Grundsatzfragen zur Entbürokratisierung
- Grundsatzfragen der verwaltungsinternen Digitalisierung, Datenverarbeitung, Cybersicherheit und IT-Sicherheit

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat

Fraktion „Die SPD im Rat“

CDU-Ratsfraktion

Fraktion „Die Grünen im Rat“

Herrn Oberbürgermeister

Jörg Lukat

25.11.2026

Antrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 09.12.2026

Reform des Kommunalen Ordnungsdienstes

Der HWFA möge beschließen:

Die Verwaltung legt ein Konzept zur Reform des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) zur Beschlussfassung vor. Es beinhaltet folgende Eckpunkte:

1. Der KOD soll als bürgerfreundlich und in seiner Funktion als Helfer wahrgenommen werden. Dies bezieht sich sowohl auf die leitenden Verhaltensgrundsätze wie auch auf das äußerliche Erscheinungsbild der eingesetzten Kräfte.
2. Die City-Wache soll als Anlaufpunkt für die Anliegen der Menschen in der Stadt rund um das Thema Sicherheit und Ordnung begriffen werden.
3. In der City-Wache wird ein 24/7 Live-Video-Stream (ohne Aufzeichnung) von als unsicher wahrgenommenen Stellen der Innenstadt wie Hauptbahnhof, Unterführungen oder Bermuda3Eck eingerichtet. Dies soll dazu beitragen, die Kräfte des KOD effizienter und zielgenauer einzusetzen. Dabei ist darauf zu achten, dass die installierte Videotechnik sich dezent ins Stadtbild integriert.

Begründung:

Im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Sonderprüfung des KOD wurde festgestellt, dass der Ordnungsdienst primär als „Instrument repressiver Macht“ wahrgenommen wird. Die negative Berichterstattung über die beschwerdeauslösenden Vorkommnisse hat die kritische Grundhaltung in der Bevölkerung weiter verstärkt. Eine derartige Wahrnehmung des KOD kann geeignet sein, das Vertrauen in eine staatliche Ordnungsbehörde zu erschüttern, jedenfalls aber die Akzeptanz für ordnungsbehördliches Handeln erschweren. Als Kommunalaufsicht hat die Bezirksregierung Arnsberg die Stadt Bochum aufgefordert, bis zum 1. April 2027 Bericht zu erstatten, inwieweit eine Veränderung in der Außenwahrnehmung eingetreten ist, beziehungsweise welche Schritte unternommen wurden, um dieser Außenwahrnehmung entgegenzutreten. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der geschehenen Übergriffe, die über das Jahr 2026 hinweg öffentlich berichtet wurden, erscheint eine Reform dringend angezeigt.

Nach dem vom Rat beschlossenen Zuständigkeitskatalog obliegen dem HWFA folgende Zuständigkeiten:

- Grundsatzfragen der Verwaltungsoptimierung, der Personalentwicklung und des elektronischen Sitzungsdienstes

Peter Reinirkens – Die SPD im Rat

Karsten Herlitz – CDU-Ratsfraktion

Vicki Marschall // Sebastian Pewny – Die Grünen im Rat